

Goldenes Spitalbett oder Holzpritsche?

Ein Ranking der Fallkosten aller Schweizer Spitäler legt in der Region Differenzen offen – und soll Patienten wie Versicherer künftig leiten.

Michael Nittnaus

Die freie Spitalwahl ist in beiden Basel längst Realität. Jeder Patient darf sich grundsätzlich aussuchen, ob er für einen Eingriff lieber ins Universitätsspital Basel (USB), ins Kantonsspital Basel (KSBL), ins Merian Iselin, Claraspital oder sonst einen Dienstleister mit entsprechendem Leistungsauftrag geht. Bisher gaben bei der Wahl meist weiche Faktoren wie Empfehlungen des Hausarztes oder aus dem Bekanntenkreis den Ausschlag. Geht es nach dem Bundesamt für Gesundheit (BAG), könnte sich ein weiterer – knallharter – Faktor etablieren: Der Vergleich, wie günstig und effizient ein Eingriff je nach Spital effektiv ist.

Ranking setzt teure Spitäler unter Druck

Dafür hat das BAG am Donnerstag erst zum zweiten Mal überhaupt die Fallkosten aller Schweizer Spitäler und Geburtshäuser publiziert. Nachdem vergangenen Herbst das Betriebsjahr 2018 verglichen wurde, ermöglicht die Erfassung 2019 nun einen ersten Vergleich zwischen den Jahren und weist bei Spitälern mit mehreren Standorten diese einzeln aus. Damit ein Vergleich auch wirklich möglich ist, wurden die von den Spitälern an die Kantone gelieferten Daten schwegradbereinigt und bilden einen standardisierten Fall ab (siehe Tabelle).

Geht es nach dem BAG, soll dieses Ranking ganz konkrete Auswirkungen haben, wie es in seiner Mitteilung festhält: «Die Publikation dient den Tarifpartnern als Orientierungshilfe für die Tarifbildung, während die Kantone sie für die Spitalplanung heranziehen können. Weiter kann sie zuweisenden Ärzten sowie Patienten als Entscheidungsbasis für die Spitalwahl dienen.» Das langfristige Ziel ist klar: Die neue Transparenz soll den Wettbewerb fördern und zu teuren Spitälern bei den Tarifverhandlungen mit den Krankenkassen unter Druck setzen. Sinken dadurch die Gesundheitskosten, spürt das am Ende auch der Patient als Prämienzahler in seinem Portemonnaie.



Ein Eingriff kostet am KSBL (l.), am USB (M.) oder am Bethesda (r.) nicht gleich viel.

Bilder: niz/mto/ken

Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Das zeigen die Gespräche der «Schweiz am Wochenende» mit unabhängigen Gesundheitsökonominnen, aber auch mit den Gesundheitsdirektionen beider Basel. Grundsätzlich begrüßen zwar alle, dass der Bund die Fallkosten, welche die Gesundheitsdirektorenkonferenz schon länger intern erhebt, nun anschaulich aufbereitet und öffentlich macht.

Über Behandlungsqualität sagen Fallkosten nichts aus

«Das Ranking ist gut, aber noch nicht ganz ausgereift», bringt es Stefan Felder auf den Punkt. Der Professor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel bemängelt, dass die Höhe der Fallkosten allein noch nicht genügt, um die Qualität eines Spitals zu beurteilen. Und Gesundheitsökonom Felix Schneuwly vom Vergleichsdienst Comparis sagt: «Solange noch keine Daten zur Behandlungsqualität einfließen, kann der durch den Vergleich erzeugte Kostendruck für die Spitäler auch heikel sein.»

«Die Gleichung, dass tiefe Fallkosten einen tieferen Tarif und damit tiefere Gesundheitskosten ermöglichen, stimmt im Grundsatz.»

Olivier Kungler
Gesundheitsdirektion BL

Deutlich wird Thomas von Allmen, Leiter der Basler Abteilung Spitalversorgung: «Hohe Fallkosten sind nicht gleichbedeutend mit ineffizient oder teuer.» Einen Effekt auf die Gesundheitskosten könnte das Ranking vor allem über die Versicherer haben, meint Olivier Kungler, Generalsekretär der Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD): «Die Gleichung, dass tiefe Fallkosten einen tiefe-

ren Tarif und damit tiefere Gesundheitskosten ermöglichen, stimmt im Grundsatz.»

USB-Standort Gellert viel günstiger als Spitalstrasse

Besonders spannend an den Zahlen zu den Spitälern der Region ist die neue Aufschlüsselung nach Einzelstandorten. Dies war auch eine Vorgabe der beiden Basel für die Vergabe von Leistungsaufträgen für die neue gemeinsame Spitalliste, die ab Sommer eingeführt wird. Der Vergleich beim USB zeigt: Während die Fallkosten 2018 der USB-Filiale im Bethesda Spital gemäss von Allmen noch Mängel aufwies, liegen sie 2019 deutlich unter den Kosten des Hauptstandorts Spitalstrasse. «Das ist ein erstes Indiz für uns, dass sich das auch auf den Tarif niederschlagen müsste», so von Allmen.

Erstmals sieht man auch schwarz auf weiss, dass der Standort Laufen des KSBL deutlich höhere Fallkosten hat als Liestal oder Bruderholz. Für Felder durchaus ein Zeichen der Ineffizienz, das nachvollziehbar

So teuer sind die Spitäler der Region

Schwegradbereinigte Kosten eines Standardfalls (in CHF)

	2018	2019
Basel Stadt		
Adullam-Stiftung	9 494*	10 042
Bethesda Spital AG	10 480	10 509
Felix Platter-Spital		9 253
Standort USB	11 066	
Standort FPS	9 338	
Geburtshaus Basel	9 371	k. A.**
Matthea Geburtshaus	k. A.**	10 922
Merian Iselin	10 619	10 612
Palliativzentrum Hildegard	10 044*	9 411*
Schmerzkllinik Basel	11 748	14 258
St. Claraspital	10 284	10 650
UKBB	10 846	10 906
Universitätsspital Basel	11 079	
Standort Spitalstrasse		10 909
Standort Gellert (Bethesda)	15 418	10 033
Standort Mittlere Strasse		9 175
Baselland		
Ergolz-Klinik	11 161*	11 451*
Hirslanden Klinik Birschof	8 282	9 031
Hospiz im Park	11 504	k. A.**
Kantonsspital Baselland	10 751	
Standort Liestal		10 513
Standort Bruderholz		10 052
Standort Laufen		10 976
Klinik Arlesheim	11 515	10 148*
Rennbahnklinik	82 16	8 734
Vista Klinik	9 667	5 016*
Region		
Solothurner Spitäler AG	9 984	
Standort Solothurn		10 162
Standort Olten		10 392
Standort Dornach		9 615
Gesundheitszentrum Fricktal	9 832	9 806

* Angaben unzureichend für Vergleich ** keine Angabe

Quelle: Bundesamt für Gesundheit BAG; Grafik: jn

macht, weshalb das Spital Laufen Ende 2020 geschlossen und durch ein ambulantes Zentrum ersetzt wurde. Kungler möchte die Zahlen nicht kommentieren. Er hält aber fest: «Da sich Aus-

richtung und Angebot des KSBL ändern, spielen die bisherigen Fallkosten keine Rolle mehr. Die VGD blickt nach vorne. Die Tarife müssen neu verhandelt und dann von uns beurteilt werden.»

Debatte ums Betteln: SP-Grossräte lancieren neuen Vorschlag

Pascal Pfister und Barbara Heer fordern eine neue kantonale Fachstelle und einen Aktionsplan. Bürgerliche Politiker üben Kritik.

Kaum ein Thema hat neben Corona in Basel in den letzten Monaten derart bewegt: Die zunehmende Zahl an Menschen, die betteln. Im Oktober hat der Grosse Rat eine Motion mit der Forderung der Wiedereinführung des Bettelverbots überwiesen. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu einem Fall einer Roma in Genf zieht jedoch in Zweifel, ob das Anliegen des Basler Parlaments rechtlich durchsetzbar ist.

Nun warten die beiden SP-Grossräte Pascal Pfister und Barbara Heer mit einem Papier

zum Thema auf. Sie schlagen darin einen «pragmatischen Basler Weg» vor. Konkret verlangen die beiden eine Fachstelle des Kantons. Diese müsse den «strategischen, koordinativen und operativen Lead» übernehmen. Die Stelle sei vermutlich am besten beim Präsidialdepartement aufgehoben. Zudem brauche es einen «integrierten Aktionsplan» bestehend aus Sozialpolitik, Bettelordnung und Antidiskriminierung.

Es sei nicht die Kultur, die Roma zum Betteln bringe, sondern deren extreme Armut.

«Für eine reiche Stadt mitten in Europa und mit einer humanistischen Tradition ist ein respektvoller Umgang mit den Bettlerinnen/Bettlern unabdingbar», schreiben sie.

Niederschwellige Übernachtungsangebote

Der geforderte Aktionsplan soll von der Fachstelle entwickelt und umgesetzt werden. So soll diese einen runden Tisch von Fachpersonen, Departementen und privaten Akteuren koordinieren. Thema im Papier ist auch die prekäre Situation der

bettelnden Menschen in Basel. Wenn diese in Parks übernachten und sich an Brunnen waschen würden, sei dies auf die fehlenden Möglichkeiten zurückzuführen, dies woanders zu tun. «Wir fordern deshalb, dass langfristig und niederschwellige Übernachtungsangebote für mittellose Menschen aus Osteuropa aufgebaut werden.»

Die beiden SP-Grossräte anerkennen zwar, dass die totale Liberalisierung des Bettelns in Basel einem Grossteil der Bevölkerung zu weit gehe. «Es ist an der Zeit, einen Mittelweg zu fin-

den zwischen der totalen Liberalisierung und dem Totalverbot.» Es gelte, eine Bettelordnung zu definieren, quasi eine Hausordnung fürs Betteln in Basel. Heer und Pfister zählen einige Regeln anderer Städte fürs Betteln auf. Dazu zählt etwa das Verbot von aggressivem Betteln oder Einschränkungen, wo gebettelt werden darf – so etwa nicht vor Bancomaten oder im Aussenbereich von Restaurants.

Die beiden Politiker rufen dazu auf, Bettelregeln für Basel vorzuschlagen: «An welche Aspekte vom Betteln sind wir be-

reit, uns zu gewöhnen? Was hingegen soll in einer Basler Bettelordnung verboten werden?»

Es dauerte nicht lange, bis auf den sozialen Medien erste Reaktionen eintrafen. SP-Grossrat Joël Thuring schreibt auf Twitter: Fakt sei, dass die SP seit Monaten einen anderen Weg propagiere als der vom Parlament beschlossene. «Konkrete Ideen: Null. Dabei ist allen klar: Die Bevölkerung will ein möglichst weitgehendes Verbot. Und zwar heute.»

Andreas Möckli